

Regierungsratsbeschluss

vom 3. Dezember 2013

Nr. 2013/2246

KR.Nr. A 161/2013 (VWD)

Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp/BDP: Abschaffung der Sektionschefs (04.09.2013) Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Funktion des Sektionschefs abzuschaffen. Die Aufgaben des Sektionschefs sollen einer bereits bestehenden Behörde/Institution übertragen werden. Dabei ist eine möglichst effiziente und kostengünstige Variante zu wählen.

2. Begründung

In der Vergangenheit hatten die Sektionschefs eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen den Wehrpflichtigen und den Armeeverwaltungen zu erfüllen. Von der Aushebung bis zur Entlassung aus der Armee übernahm der Sektionschef viele Aufgaben. So war er verantwortlich für die Nachführung der Dienstbüchlein aller Dienstpflichtigen, war Anlaufstelle für Dienstverschiebungen, führte sämtliche Mutationen nach und vollzog das Inkasso des Wehrpflichtersatzes.

Bedingt durch die Armeereform Armee 95/Armee XXI sowie die rasche elektronische Entwicklung, gingen die Aufgaben der Sektionschefs seit vielen Jahren laufend zurück. In den allermeisten Kantonen wurden diese denn auch abgeschafft. Deren Aufgaben werden von anderen Behörden (z. B. Kreiskommandos) auf effizientere und kostengünstigere Art und Weise abgedeckt. Jüngstes Beispiel ist der Kanton Aargau, der auf das Jahr 2012 die Sektionschefs abgeschafft hat und seither deren Aufgaben zentralisiert abwickelt. Damit kann jährlich ein fünfstelliger Betrag eingespart werden (gemäss telefonischer Auskunft der Aargauer Verwaltung im Frühjahr 2013).

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Wir verweisen auf unsere Stellungnahme zur Interpellation Markus Flury (glp, Hägendorf): Sind Militärsektionen noch zeitgemäss? (RRB Nr. 2013/839 vom 14. Mai 2013).

Dort haben wir auf den laufenden Überprüfungsprozess bezüglich Ausgestaltung und Wahrnehmung der Aufgaben der derzeit für rund 17'000 Personen (Stand April 2013) im Kanton Solothurn zuständigen 94 Sektionschefs durch das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz unter Einbezug des Verbandes der Solothurnischen Sektionschefs verwiesen. Dabei sollen die verschiedenen Möglichkeiten und Varianten einer Reorganisation des Sektionschefwesens sowie die damit verbundenen Einsparungen bzw. Kostenfolgen aufgezeigt werden.

Neben einer vollständigen Zentralisierung der Aufgaben der Sektionschefs im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz werden im Rahmen dieser Überprüfung auch Varianten einer teilweisen Zentralisierung auf Bezirks- oder Amteiebene geprüft.

Die Aufgaben und Arbeitsprozesse der Sektionschefs werden im Rahmen dieses Projektes untersucht und bewertet. Dabei werden auch Vertreter der aktiven Sektionschefs, sowie des Verbandes der Solothurnischen Sektionschefs einbezogen.

Der Überprüfungsprozess ist inzwischen soweit fortgeschritten, dass eine interne Übersicht der verschiedenen Möglichkeiten und Varianten und deren Einsparungen und Kostenfolgen sowie übrigen Auswirkungen erarbeitet wurde. Diese soll nun dem Verband der Solothurnischen Sektionschefs zur Stellungnahme unterbreitet werden. Nach Vorliegen der Stellungnahme des Verbandes der Solothurnischen Sektionschefs werden die dargestellten Varianten unter Würdigung der Stellungnahme des Verbandes ausgewertet und dem Regierungsrat entsprechend Antrag gestellt. Ziel ist es, dass das Sektionschefwesen im Kanton Solothurn per 1. Januar 2015 neu geregelt werden kann.

Da die Überprüfung noch nicht abgeschlossen ist, wäre eine Vorwegnahme des weiteren Vorgehens im Sinne des Auftrages verfrüht. Der Auftrag soll deshalb mit geänderten Wortlaut erheblich erklärt werden.

4. Antrag

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Aufgaben und Arbeitsprozesse des Sektionschefs zu überprüfen und Alternativen zum heute praktizierten Sektionschefmodell aufzuzeigen. Dabei ist insbesondere zu prüfen, inwiefern und mit welchen Kostenfolgen und Konsequenzen die Aufgaben des Sektionschefs einer bereits bestehenden Behörde/Institution übertragen werden können.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Justizkommission

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement
Volkswirtschaftsdepartement, Leiterin Administration (GK 2013-3216)
Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (3; do, mg, kai)
Aktuarin JUKO
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat